

Was bringt's? Das Potsdamer Modellprojekt »Strukturierte Bürgerbeteiligung« aus Sicht der begleitenden Evaluation

Stephanie Bock, Bettina Reimann

Anlass

Jede Kommune wagt mit dem Aufbau einer Beteiligungskultur ein Experiment. Der Ausgang ist jeweils offen. Das Streben nach Erfolgen steht der Gefahr des Scheiterns gegenüber. Das Sammeln neuer Beteiligungserfahrungen bringt jedoch nicht automatisch Erkenntnisse zu deren Wirkungen und Ergebnissen. Im Zuge des Aufbaus kommunaler Beteiligungskulturen wächst daher das Verständnis dafür, dass die Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung zu einer Beteiligungskultur Prozessbegleitungen und Evaluationen voraussetzt. Bisher vor allem »gefühlte« Wirkungen der Bürgerbeteiligung sollen empirisch erfasst werden, so dass die Wirkungen der Beteiligung gemessen und ihre Ergebnisse bewertet werden können. Dies stellt auch die Partizipationsforschung vor neue Herausforderungen, da geeignete Formen der Wirkungsmessung der stark kommunikativ ausgerichteten Methoden fehlen bzw. noch in den Kinderschuhen stecken.

Die Landeshauptstadt Potsdam ist eine der Kommunen, die wissen möchte, wie ihr Beteiligungsansatz wirkt. Zum 1. Juni 2014 beauftragte der Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) mit der begleitenden Evaluation des auf drei Jahre angelegten Modellprojekts »Strukturierte Bürgerbeteiligung«. Wie der Name bereits vermuten lässt, geht es bei der strukturierten Bürgerbeteiligung um die Implementation eines übergreifenden Ansatzes der Bürgerbeteiligung. Im Mittelpunkt stehen nicht einzelne Projekte, sondern der Aufbau und die Weiterentwicklung geeigneter Strukturen und übergreifender Rahmenbedingungen für die Bürgerbeteiligung in Potsdam. Von besonderer Bedeutung sind hierbei drei Säulen, die das Modellprojekt tragen: die »WerkStadt für Beteiligung«, der »Beteiligungsrat« und die »Grundsätze für Bürgerbeteiligung in Potsdam«. Durch diese neu geschaffenen Strukturen und deren Zusammenwirken soll sich das Zusammenspiel von Verwaltung, Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik neu ausrichten – und unter dem Motto »mehr Beteiligung wagen« wirksam werden.

Die Ergebnisse der Evaluation zum Modellprojekt sowie die Handlungsempfehlungen zur Fortführung des Projekts sind im Moment noch nicht abschließend formuliert. Der Abschlussbericht der Evaluation wird im Oktober 2016 vorgelegt und anschließend veröffentlicht. Im folgenden Beitrag werden der Ansatz des Modellprojekts, unser Evaluationsverständnis sowie das Vorgehen der Evaluation erläutert. Abschließend wird ein inhaltliches Resümee gezogen.



Implementation eines neuen Ansatzes kommunaler Bürgerbeteiligung: Begleitung und Evaluation

Evaluationsgegenstand sind die Rahmenbedingungen, Ziele, Inhalte und die Organisation des Modellprojekts sowie die hierfür aufgebauten Strukturen und eingeleiteten Prozesse. Da sich das Modellprojekt »Strukturierte Bürgerbeteiligung« in der Phase der Erprobung befindet und experimentell angelegt ist, verwehrt sich der Untersuchungsgegenstand angesichts seiner Komplexität und seines Modellcharakters gegen klare Kausalitäten. Die Evaluation sollte helfen zu verstehen, wie sich Interaktionen und das Zusammenspiel unterschiedlicher am Prozess und Projekt beteiligter Akteursgruppen gestalten. Eine in diesem Sinne verstandene Evaluation unterstützt kompetentes (Verwaltungs-)Handeln und entspricht dem experimentellen Charakter des Modellprojekts. »Neben der Wissenschaftlichkeit der Ergebnisse, kommt es eben auch darauf an, dass Evaluationen nützlich sind, denn nur dann werden sie auch politische und soziale Veränderungsprozesse erwirken können« (Stockmann 2000, S. 19). Evaluationen sind in diesem Verständnis sowohl Teil der empirischen Sozialforschung als auch Teil des politischen Prozesses, d.h. sie müssen wissenschaftlichen Anforderungen genügen und zugleich den Interessen von Auftraggebern und anderen Interessengruppen von größtmöglichem Nutzen sein. Insofern unterstützt das gewählte Vorgehen der Evaluation die politischen Entscheidungsträger darin, eine Entscheidung über die Weiterführung des Projekts zu treffen.

Evaluationen im Themenfeld Bürgerbeteiligung, die sich auf die Analyse der Wirkungen konzentrieren, weisen erhebliche methodische Unsicherheiten auf, da Wirkungen und deren Ursachen in dem vorgegebenen Untersuchungszeitraum so gut wie nicht zu erfassen sind. Die Evaluation wurde deshalb kooperativ und dialogorientiert angelegt. In ihrem Verlauf wurden (Zwischen-)Ergebnisse vor- und zur Diskussion gestellt und den enger beteiligten Akteuren Raum für Selbstreflektion geboten. Durch die Diskussion von Zwischenergebnissen und Erkenntnissen aus der Evaluation wurde gezielt Einfluss genommen auf den Verlauf und die Ausrichtung des Modellprojektes. Dies hatte zur Folge, dass im Verlauf des Projektes bereits nach- und umgesteuert werden konnte; frei nach dem Motto »Stärken stärken«. Auch die Evaluatoreninnen verstanden sich hierbei als Lernende.

Aus diesem Evaluationsverständnis leitete sich das Evaluationsdesign ab. Zum Einsatz gebracht wurde eine Kombination aus qualitativen und quantitativen Methoden. Das Methodenspektrum reichte von der Analyse und Auswertung schriftlicher Materialien, über die beobachtende Teilnahme an ausgewählten Sitzungen des Beteiligungsrats, hin zu einerseits leitfadengestützten Interviews und andererseits standardisierten Befragungen. Darüber hinaus wurden Gruppendiskussionen und Reflexionsrunden mit ausgewählten Akteuren initiiert, moderiert und ausgewertet.

Die Evaluation sollte nicht zuletzt sicherstellen, dass unabhängig vom konkreten Erfolg einzelner Projektbausteine oder des ganzen Projektes alle am Projekt Beteiligten aus dem Prozess lernen. Die laufende Überprüfung und Selbstvergewisserung hat bereits Früchte getragen: Aufgrund der erfolgreich verlaufenden Modellphase wurde bereits vor Ende der Modelllaufzeit entschieden, das Projekt fortzuführen und um weitere drei Jahre zu verlängern.



Das Modellprojekt »Strukturierte Bürgerbeteiligung«

Genese: Das Modellprojekt steht für einen Versuch, das Thema Bürgerbeteiligung neu anzugehen. Es basiert auf einem Konzept, das »mehr Bürgerbeteiligung zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger, aber auch zum Nutzen der Verwaltung« ermöglichen soll. Wie in vielen anderen Städten auch, ist dieser neue Ansatz nicht allein Resultat guten Willens. Ihm gingen langjährige und zum Teil schmerzhaft Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung in Potsdam voraus.

Seit 2010 erhielt die Bürgerbeteiligung unter Federführung des Oberbürgermeisters politische Rückendeckung. Es wurden neue Akzente gesetzt. Unterstützung holte sich die Landeshauptstadt durch ein Expertengremium, das sich aus Vertreter/innen der Verwaltung, der Wissenschaft und externen Sachverständigen zusammensetzte. Dieses Gremium erarbeitete ein Konzept für die strukturelle Verankerung der Bürgerbeteiligung, das als Arbeitspapier »Bürgerbeteiligung – Ein Streitfeld zwischen Regierungskunst und Basisaktivierung« veröffentlicht und von der Stadtverwaltung am 14. September 2011 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Dort stieß es – für die Autor/-innen vollkommen überraschend – auf umfangreiche Kritik. Bemängelt wurde insbesondere, dass das Konzept ohne Beteiligung der Bürger/innen entwickelt wurde (vgl. Stadt Potsdam 2011).

Es mussten neue Wege für einen kommunalen Beteiligungsansatz und für eine Form der Bürgerbeteiligung gesucht werden, die mehr bieten sollte als die Information über fertige Konzepte, Planungen und beschlossene Projekte. Vertreter/innen der Bürgerschaft, der Verwaltung und der Politik wurden darauf hin zu einer Open-Space-Konferenz »Bürgerbeteiligung in Potsdam« eingeladen, bei der nicht nur das Konzept sowie die konkrete Weiterführung der Bürgerbeteiligung in Potsdam kritisch und ausführlich diskutiert werden konnten, sondern vor allem eine offene Diskussion zu Bürgerbeteiligung geführt wurde

Als ein Ergebnis wurde auf Vorschlag des Oberbürgermeisters die Arbeitsgruppe »Bürgerbeteiligung in Potsdam« gegründet, die über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren unter Mitwirkung von Bürger/innen sowie Vertreter/innen aus Verwaltung und Politik das Konzept überarbeitete. Für die initiierende Verwaltung war dies »der Startpunkt für einen weiteren und produktiven Prozess des Austausches und konstruktiven Dialogs zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Stadtpolitik« (Jetschmanegg 2013, S.11).

Als konkretes Ergebnis entstanden die »Grundsätze der Bürgerbeteiligung in Potsdam«. Zudem wurde ein »gemeinsam erarbeitetes und von einem Grundkonsens getragenes neues Strukturmodell« (Jetschmanegg 2013 S. 12), das »Büro für Bürgerbeteiligung« und der »Beteiligungsrat«, erarbeitet. In einer öffentlichen Veranstaltung am 4. Mai 2012 wurden nach erneuten intensiven Diskussionen die Ergebnisse der Politik überreicht. Die daraus resultierende Beschlussvorlage wurde im September 2012 vom Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung in unveränderter Form angenommen und mündete in das auf drei Jahre befristete Modellprojekt »Strukturierte Bürgerbeteiligung«.



Drei Säulen des Modellprojekts

Das Bürgerbeteiligungskonzept umfasst drei Bausteine:

- Grundsätze der Bürgerbeteiligung, an denen sich Politik, Verwaltung und Bewohnerschaft gemeinsam orientieren sollen,
- Etablierung eines Beteiligungsrates, der die Bürgerbeteiligung in der Stadt Potsdam kritisch begleitet und unterstützt.
- Gründung eines Büros für Bürgerbeteiligung (1) das über eine zweiteilige Struktur verfügt und gleichberechtigt von der Verwaltung und einem freien Träger betrieben wird.

Die WerkStadt für Beteiligung nahm zum 1. November 2013 ihre Arbeit auf. Parallel dazu wurde der Beteiligungsrat etabliert. Ihre jeweilige Arbeit sollte sich an den »Grundsätzen der Bürgerbeteiligung in Potsdam« orientieren: Verbindlichkeit, frühzeitige Einbeziehung, Informationsbereitstellung, Kommunikation, Aktivierung, Anerkennungskultur, Gleichbehandlung.

Was bringt's? Vorläufige Bilanz der Evaluation

Die im Folgenden dargestellte erste Bilanz fasst Ergebnisse der Evaluation zusammen.

Die **WerkStadt für Beteiligung (WfB)** – gemeinsam und gleichberechtigt getragen von der Landeshauptstadt Potsdam und dem freien Träger mitMachen e.V. – hat einen dreifachen Auftrag: Sie soll in Richtung Verwaltung beraten und unterstützen sowie in Richtung Stadtöffentlichkeit aktivieren, beraten und unterstützen. Sie soll darüber hinaus die Kommunikation zwischen Stadtöffentlichkeit und Verwaltung verbessern und gesamtstädtische Strukturen für eine bessere Bürgerbeteiligung aufbauen. Die WfB ist – bereits nach zwei Jahren ihrer Arbeit – als Fach- und Schnittstelle für Beteiligung in Potsdam anerkannt. Die gemeinsam und gleichberechtigt von Verwaltung und freiem Träger betriebene WfB ist neuartig; dieses Organisationsmodell gibt es bislang in keiner anderen deutschen Kommune. Das bedeutet, dass die WfB ohne Rückgriff auf Vorbilder oder aus anderen Kommunen übertragenen Erfahrungen eingeführt und etabliert werden musste. Der Aufbau der WfB erwies sich damit – im Vergleich zu anderen bereits eingeführten Modellen – grundsätzlich als aufwändiger, zeitintensiver und stärker anfällig für Fehler.

Die jeweiligen Aufgaben und Rollen der beiden Teile der WfB wurden seit dem Start des Modellprojekts ausgearbeitet und weiterentwickelt. Dies schloss die Zusammenarbeit mit dem Beteiligungsrat ein. Wenngleich sie entsprechend ihrer jeweiligen Kompetenzen und Zugänge spezifische Zuständigkeiten haben und entsprechende Schwerpunkte bearbeiten, agieren der interne und der externe Teil als Einheit. Die WfB ist eine Einrichtung und die Angelegenheiten und jeweiligen Beteiligungsprozesse werden gemeinsam besprochen.

Vor allem durch die Dienstleistungen der WfB wird in die Verwaltung Sicherheit im Umgang mit Bürgerbeteiligung vermittelt. Es gibt eine Anlaufstelle, die unterstützen, die auffangen, die als »Prellbock« fungieren kann.



Seitens der Verwaltung wird der Umgang mit Beteiligung offensiver und zugleich entspannter. Gleichzeitig wird die WfB von vielen Initiativen wertgeschätzt und genutzt. Das externe Büro konnte sich als notwendiges Scharnier zwischen Verwaltung und organisierten Gruppen etablieren und genießt Vertrauen in beide Richtungen. Der Mut zum Aufbau einer experimentellen Beteiligungsstruktur hat sich ausgezahlt. Die Befunde der Evaluation zeigen, dass es in der verhältnismäßig kurzen bisherigen Projektlaufzeit gelungen ist, die WfB als Kompetenzzentrum für Bürgerbeteiligung zu etablieren. Besonders hervorzuheben ist, dass es Verwaltung und organisierter Zivilgesellschaft (freier Träger) gelungen ist, ihre unterschiedlichen Handlungsweisen und -logiken in der Arbeitseinheit WfB zusammenzuführen.

Der **Beteiligungsrat (BR)** ist ein gemäß § 12 der städtischen Hauptsatzung neu geschaffenes, ehrenamtliches, unabhängiges und beratendes Gremium. Er hat den Auftrag, die WfB während der dreijährigen Pilotphase zu beraten und bei der konzeptionellen Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung zu unterstützen. Der Beteiligungsrat setzt sich aus 14 Personen zusammen, neun ausgelosten Bürgerinnen und Bürgern, zwei Stadtverordneten, zwei Verwaltungsmitarbeiter/innen und einem fachlichen Experten. Der Beteiligungsrat wird extern moderiert. Über einen eigenen Etat verfügt er nicht.

Die Befunde der Evaluation zeigen, dass sich auch der Beteiligungsrat als wichtiger Baustein des Modellprojekts etablieren konnte. Auf Basis der Grundsätze zur Bürgerbeteiligung bewertet er laufende Beteiligungsprozesse und schlägt – sofern notwendig – Veränderungen vor. Der Beteiligungsrat berät darüber hinaus die WfB bei konzeptionellen Fragen. Dies führt auf der einen Seite durch den direkten Einbezug des Erfahrungswissens interessierter Bürgerinnen und Bürger und auf der anderen Seite der Expertise aus Politik, Verwaltung und von Expert/innen zu einer bereits zum jetzigen Zeitpunkt deutlich wahrnehmbaren Qualifizierung der Bürgerbeteiligung in Potsdam.

Die Evaluation kommt zu dem Schluss, dass der Beteiligungsrat sich kontinuierlich und engagiert zu einer kritischen Stimme der Stadtgesellschaft und einem unverzichtbaren Ratgeber und konstruktiver Kritiker sowohl von Beteiligungsprojekten als auch der WfB entwickelt hat. Diese kritisch-konstruktive Stimme wurde in der Modellphase allerdings noch nicht (ausreichend) gehört. Zudem zeigen sich Schwächen der dialogischen Besetzung, da die Interessen der im Beteiligungsrat vertretenden Bürger und Bürgerinnen oft zu kurz kamen. Nicht nur dass ihre anfänglichen Erwartungen, sich intensiv mit konkreten Beteiligungsprozessen und -projekten zu befassen, enttäuscht wurden. Auch standen zu Beginn lange Diskussionen zur Geschäftsordnung und dem Selbstverständnis auf der Agenda, d.h. der Beteiligungsrat musste sich in komplizierte und neue Strukturen einfinden, was einer Überforderung gleichkam.

Mit Blick auf die Zusammensetzung und Funktion eines mit Bürgerinnen und Bürgern besetzten Gremiums sollten sich alle Akteure im Vorfeld darüber Klarheit verschaffen, was sie von dem Gremium und den darin engagierten Bürger/innen erwarten. Den besonderen Anforderungen einer Aktivität von Ehrenamtlichen (u.a. Zeitbudget, Erfahrungswissen) muss Rechnung getragen werden, zudem müssen ihre Wünsche nach mehr Einbindung in konkrete Prozesse ernst genommen werden. Soll ein Gremium mit Kontrollfunktion geschaffen werden, muss es zudem mit entsprechenden Rechten und Handlungsspielraum ausgestattet werden.



Die **Grundsätze für Bürgerbeteiligung** (Verbindlichkeit, frühzeitige Einbeziehung, Informationsbereitstellung, Kommunikation, Aktivierung, Anerkennungskultur und Gleichbehandlung) sind Grundlage des Umgangs aller mit der Bürgerbeteiligung befassten Akteure und Akteursgruppen (Verwaltung, Kommunalpolitik, Zivilgesellschaft). Sie wurden mit drei Enthaltungen im September 2012 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Die Evaluation zeigt, dass diese Grundsätze richtungsweisend sind für die Arbeit der WfB und des Beteiligungsrats. Sie konnten allerdings noch nicht als Prüfstein für die Auswahl und Durchführung von Beteiligungsprojekten etabliert werden. Gegenwärtig sind sie eher ein Appell und schwer greifbar. Als drittes Standbein des Modellprojekts funktionieren sie bislang nur eingeschränkt.

Resümee und Ausblick

Nach gut zwei Jahren Projektlaufzeit lässt sich feststellen, dass mit dem Modellprojekt die gesetzten Ziele weitgehend erreicht werden konnten. Die Struktur des Modellvorhabens konnte erfolgreich eingeführt und umgesetzt werden, sie wird von den unterschiedlichen Akteuren positiv wahrgenommen. Dabei erhält vor allem die experimentelle Konstruktion viel Zustimmung. Die drei Säulen des Modellprojekts werden von den am Modellprojekt Beteiligten als Einheit nicht in Frage gestellt. In der Wahrnehmung und praktischen Umsetzung gibt es allerdings unterschiedliche Gewichtungen und Wertschätzungen. Die Grundsätze und der Beteiligungsrat stehen eher im Schatten, ihre Bedeutung, ihre Aufgaben sowie die Verzahnung mit der WfB sind in der nächsten Phase noch besser herauszuarbeiten.

Mehr Beteiligung auf unkonventionellem Wege wagen, diesem Ziel ist die Stadt Potsdam ein erhebliches Stück näher gekommen, was sich vor allem an den konfliktbehafteten Beteiligungsprozessen und den zahlreichen Dialogen mit verwaltungskritischen Gruppen ablesen lässt. Neue Kommunikationswege in die Verwaltung und die Stadtgesellschaft sowie zwischen Stadtverwaltung, Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft konnten etabliert werden, Vorurteile und Blockadehaltungen beginnen zu bröckeln. Die Beteiligungs- und Kommunikationskultur entwickelte sich positiv weiter. Die jeweiligen Rollen von Stadtverwaltung, Kommunalpolitik und Bürger/innen wurden intensiv reflektiert und konnten – im Zuge des Zusammenspiels der Akteure – zum Teil neu ausgerichtet werden. Der eingeschlagene Weg erweist sich bereits nach zwei Jahren als trag- und zukunftsfähig.

Das Modellprojekt ist komplex und voraussetzungsvoll. Der Aufbau und die Etablierung können deshalb in der knapp dreijährigen Modellphase nicht zu Ende geführt werden. Für alle drei Säulen besteht in der nächsten Phase ein Bedarf zur Weiterentwicklung und Nachsteuerung. Im Mittelpunkt stehen hierbei mehr Strukturierung, Konkretisierung und Fokussierung. Die abschließenden Erkenntnisse hierzu sind dem Abschlussbericht der Evaluation vorbehalten. Mit Blick auf übergreifende Schlussfolgerungen zur Etablierung von Bürgerbeteiligung möchten wir folgende Hinweise geben:

- Für die Strukturierung von Bürgerbeteiligung gibt es kein fertiges Rezept und keine für alle Kommunen in gleicher Weise geltende Regel. Der jeweils richtige Weg muss gemeinsam gesucht und begangen werden.



Dies ist ein Lernprozess, der Erfolge und Misserfolge umfasst und aus dem alle dann einen Gewinn ziehen, wenn Nachsteuerungen möglich sind.

- Bürgerbeteiligung benötigt gleichermaßen Freiräume und Regeln. Spielräume, die flexibles und spontanes Vorgehen ermöglichen, sind ebenso vorzusehen wie Standards und Formalisierungen, die einen höheren Grad an Verbindlichkeit bieten und damit auch die (Kommunal-)Politik binden.
- Bürgerbeteiligung ist ein Prozess, der sich nicht nur an Bürgerinnen und Bürger richtet, sondern auch für Verwaltung und (Kommunal-)Politik ein Handlungs- und Lernfeld darstellt. Die einzelnen Akteursgruppen sind dabei differenziert in den Blick zu nehmen und ihre Zusammenarbeit ist zu gestalten. Es zeichnet sich, nicht nur in Potsdam, sondern in vielen anderen Kommunen ab, dass die Kommunalpolitik in Sachen Beteiligung bisher häufig nicht im Boot sitzt und stärker als bislang in die Prozesse zu integrieren ist (vgl. Bock et al. 2012). Zudem richtet sich Beteiligung häufig an organisierte Gruppen (Bürgerinitiativen, Verbänden) und spricht seltener die an, die bislang eher wenig Erfahrung mit Beteiligungsprozessen haben. Die Einbindung und das Zusammenspiel mit Personen, die sich ehrenamtlich engagieren und bislang nicht in Gruppen und Initiativen organisiert sind, ist eine Herausforderung, der stärkere Berücksichtigung – auch in der Forschung – gebührt.
- Begleitende Evaluierungen bieten den notwendigen Raum für Reflektion und Verständigung. Sie geben Anstöße, um während des laufenden Prozesses Schwierigkeiten besser erkennen und ggf. nachsteuern zu können. Evaluationen sollten deshalb als Bestandteil einer Beteiligungskultur mitgedacht und konzipiert werden.

Anmerkungen

(1) Im Projektverlauf wurde das Büro für Bürgerbeteiligung umbenannt in WerkStadt für Beteiligung

Literatur

- Bock, Stephanie; Reimann, Bettina; Beckmann, Klaus J. (2013): Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur: Bausteine, Merkposten und Prüffragen. Anregungen für Kommunalverwaltungen und kommunale Politik, Berlin.
- Jetschmanegg, Dieter 2013: Auf dem Weg zu einer strukturierten Bürgerbeteiligung – der Beteiligungsprozess 2011 – 2013; in: Jakobs, Jann; Kleger, Heinz (Hg.): Auf dem Weg zu einer strukturierten Bürgerbeteiligung. Die Entwicklung des Potsdamer Modellprojekts »Strukturierte Bürgerbeteiligung« 2011-2013; Potsdam S. 11 – 15
- Stadt Potsdam (Hg.) 2011: Zusammenfassung der Ergebnisse der Open-Space-Konferenz »Bürgerbeteiligung in Potsdam« am 29. Oktober 2011 im Bürgerhaus am Schlaatz



- Stockmann, Reinhard 2000: Evaluation in Deutschland, in: Stockmann, Reinhard; (Hg.): Evaluationsforschung. Opladen

Autorinnen

Stephanie Bock und Bettina Reimann evaluieren das Modellprojekt »Strukturierte Bürgerbeteiligung«. Sie bearbeiten zudem das im Dezember 2014 im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) gestartete Forschungsvorhaben »Beteiligungsverfahren bei umweltrelevanten Vorhaben« (Projektleitung Bock). Sie haben zudem den Leitlinienprozess der Stadt Köln in der Konzeptionsphase wissenschaftlich begleitet und moderiert. Beide haben darüber hinaus viele Projekte zum Thema Beteiligung bearbeitet; u.a. Bürgerbeteiligung an Großprojekten der Stadtentwicklung (2012/2013).

Kontakt

Dr. Bettina Reimann

Deutsches Institut für Urbanistik, Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales

Zimmerstraße 13-15, D-10969 Berlin

Tel: +49 (0)30-39001191 / Fax: +49 (0)30-39001269

reimann@difu.de / <http://www.difu.de>

Dr. Stephanie Bock

Deutsches Institut für Urbanistik, Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales

Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin

Tel: +49(0)30/39001-189 / Fax:+49(0)30/39001-269

bock@difu.de / www.difu.de

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung

c/o Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter

Ellerstraße 67, 53119 Bonn

E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de